



SPD-Rathausfraktion-Großflecken75-24534 Neumünster

Frau Stadtpräsidentin
Anna-Katharina Schättiger
Großflecken 59

24534 Neumünster

Sozialdemokratische Rathausfraktion der
Stadt Neumünster

Großflecken 75
24534 Neumünster

Telefon 04321/929830

Telefax 04321/929831

E-Mail: rathausfraktion@spd-
neumuenster.de

Neumünster, den 15.02.2016

Antrag: Wohnraumversorgung für Flüchtlinge (NEUFASSUNG)

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

setzen Sie bitte folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Ratsversammlung.

Mit freundlichen Grüßen


Uwe Döring und Fraktion

Die Ratsversammlung möge beschließen:

1. Die Wohnraumversorgung für Flüchtlinge im Stadtgebiet Neumünster soll auf ein Unternehmen der Wohnungswirtschaft - wie die WOBAU GmbH - übertragen werden. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob das in der Anlage aufgeführte Dienstleistungsangebot alle benötigten Aufgabenbereiche umfasst.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Inhouse - Vergabe an die städtische WOBAU möglich ist oder ob ein Interessenbekundungsverfahren erfolgen muss. Im Fall eines Interessenbekundungsverfahrens ist dieses so schnell wie möglich durchzuführen. Die Aufgabenübertragung soll zunächst auf 5 Jahre erfolgen.
3. Es werden für diese Aufgaben zunächst keine zusätzlichen Stellen in der Verwaltung geschaffen. Entsprechende Änderungen zum Nachtragshaushalt 2016 und zum Stellenplan sind in der nächsten Ratsversammlung vorzulegen.

Begründung:

Für die Aufgabe des zentralen Vermietungsmanagement und der technischen Hausbewirtschaftung halten Unternehmen der Wohnungswirtschaft - wie das städtische Wohnungsbauunternehmen WOBAU Neumünster GmbH - das notwendige Fachwissen und Personal vor.

Es ist daher unnötig eine Wohnungsverwaltung für Flüchtlinge innerhalb der Stadtverwaltung neu aufzubauen und dafür neues Personal einzustellen.

Auf diese Weise kann außerdem unmittelbar ohne Zeitverzug mit dieser Aufgabe begonnen werden.

Das Unternehmen soll im Namen der Stadt zentraler Ansprechpartner auch für andere Wohnungsbauunternehmen sein und für eine dezentrale Unterbringung in den Stadtteilen sorgen.

Ein entsprechender Vertrag soll mit Verlängerungsmöglichkeiten zunächst auf 5 Jahre abgeschlossen werden.